

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9039/39
Telefax: 866846 ppbn d
Telefax: 21 0894

Inhalt

Gerlinde Hämmerle
MdB bewertet den
jüngsten Jahresbericht
von amnesty interna-
tional: Ein Zeremoniell?
- Ein Hilferuf!

Seite 1

Heinz Putzrath, Vorsit-
zender der AsV ver-
langt eine Entschädi-
gung für die NS-Opfer,
die sich weigerten in
der DDR der SED bei-
zutreten: An uns denkt
niemand

Seite 2

Ludwig Stiegler MdB
analysiert die Zukunfts-
aussichten der CSU:
Die CSU auf dem Weg
zur Splitterpartei

Seite 3

Dokumentation:
Der Arbeitskreis Wis-
senschaft, Bildung und
Kultur der DDR-SPD
hat Grundzüge einer
sozialdemokratischen
Bildungspolitik in der
DDR skizziert. Wir do-
kumentieren das Papier
im Wortlaut.

Seite 4

45. Jahrgang / 134

17. Juli 1990

Ein Zeremoniell? - Ein Hilferuf! Jahresbericht 1990 von amnesty international

Von Gerlinde Hämmerle MdB

Jedes Jahr das gleiche Zeremoniell: amnesty international stellt seinen Jahresbericht vor, hat die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit und wir alle erleben von neuem das Gefühl, daß unsere Welt trotz aller Anstrengungen nicht gerechter wird. Für uns Deutsche muß dieser Bericht in diesem Jahr ein besonderer Merkpunkt sein. Geraten wir doch leicht in Gefahr bei der Freude über das deutsch-deutsche Zusammenwachsen die anderen Probleme in der Welt hintanzustellen, wenn nicht sogar zeitweise zu vergessen.

Incommunicado-Haft, also ohne Kontaktmöglichkeiten nach außen in Sri Lanka, Übergriffe auf Zivilisten im Sudan, die als Stammesfehden kaschiert werden, das Verschwindenlassen von Menschen zum Beispiel in Osttimor die Reihe könnte endlos fortgesetzt werden. Männer und Frauen und selbst Kinder sind Opfer, wenn Staaten und Gruppen die internationalen Normen zum Schutz der Menschenrechte mißachten.

amnesty international legt dankenswerterweise in diesem Jahr ein Hauptaugenmerk auf die durch ethnische und Nationalitätenkonflikte entstandenen und immer noch entstehenden Menschenrechtsverletzungen: Wanderungsbewegungen, die Vertreibung von Menschen, Massenemigration von Menschen auf der Flucht vor staatlicher Unterdrückung, existenzbedrohende materielle Not, von den Kolonialmächten oder nach kriegerischen Auseinandersetzungen willkürlich gezogene Grenzen sind häufig die Ursache für die derzeitigen Konflikte.

Aber auch diese Konflikte entbinden keine Regierung von der Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß keine Situation entsteht, in der die Menschenrechte verletzt werden - so ai.

Der Gegenbeispiele gibt es leider viel zu viele: Wir haben alle die Fernsehbilder von den blutigen Auseinandersetzungen um Berg-Karabach in der Sowjetunion noch in Erinnerung und wir wissen um die Konflikte in Rumänien unter anderem mit der ungarischen und der deutschen Minderheit. Wir kennen den lange schweibenden Konflikt im Kosovo und sehen jetzt, wie mit Unterdrückung reagiert wird. Wahrung der Menschenrechte?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit 100% Recycling-Papier



Mit zum Abscheulichsten gehören immer noch die Vergewaltigung weiblicher Gefangener und die Gefangennahme und Folter von Kindern - oft um die ebenfalls inhaftierten Eltern zu "Geständnissen" zu erpressen - oder gar die Todesstrafe für unter 18jährige. Hier müssen wir amnesty international ganz besonders unterstützen und unsere eigenen Möglichkeiten als Parlamentarier und Parlamentarierin nutzen, in dem wir zum Beispiel immer wieder auf die Verpflichtungen durch die UN-Konvention für die Rechte des Kindes hinweisen.

Unsere regelmäßigen und leider viel zu oft aus aktuellem Anlaß notwendigen Aufrufe zur Wahrung der Menschenrechte können aber nur ein Teil dessen sein, womit wir die Unterdrückung Andersdenkender oder ethnischer Minderheiten verhindern oder beseitigen helfen wollen.

Unsere Politik muß bestimmt sein von der Lösung der Schuldenkrise der sogenannten Dritten Welt und dem Einsatz für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Des Wohstandsgefälle als Ursache der Wanderungsbewegung in Europa muß abgebaut werden, damit den Menschen in Ost und Südosteuropa ein Verbleiben in Ihrer Heimat erleichtert wird.

Aber auch: Solange die Flüchtlingsströme andauern, dürfen wir uns der humanitären Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen nicht entziehen.

Um es kurz und knapp mit einem Bischofswort zu sagen:

"Es genügt nicht, als barmherziger Samariter die Wunden derer zu verbinden, die unter die Räuber gefallen sind. Es ist vielmehr unsere Aufgabe, die Strukturen der Räuberei aufzudecken und zu beseitigen."

(-/17.7.1990/st/ks)

An uns denkt niemand...

Stalinismus als Alibi

Von Heinz Putzrath

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AsV)

Der in der DDR bis zur Wende verordnete staatliche Antifaschismus hat nicht nur die politische und historische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verdrängt. Er hat auch im Lande seltsame Verhaltensweisen zur Folge gehabt. Unabhängig von der fragwürdigen Verwendung der allgemeinen Begriffe "Faschismus" und "Antifaschismus", die in der Bundesrepublik fast ohne Bedenken übernommen wurden, stellen sich jetzt Probleme für diejenigen, welche in der Nazidiktatur verfolgt waren und/oder nach dem Ende des Krieges dieses Schicksal erdulden mußten.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen der DDR und der Bundesrepublik ist inzwischen zumindest verbal beseitigt worden. Bereits im Februar 1990 erklärte der damalige Ministerpräsident Modrow, daß auch die DDR nunmehr die Mitverantwortung für den Holocaust übernehme und damit zur Leistung moralischer und materieller Entschädigung jüdischer Überlebender. Erste Gespräche begannen mit den Vertretern der Jewish Claims Conference um globale Entschädigung von früherem jüdischen Eigentum in der DDR. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage der Anerkennung Israels erörtert und auch de Maizière hat in seinen ersten Verlautbarungen Verhandlungen in dieser Richtung angeboten. Bisher allerdings blieb es bei Absichtserklärungen und es ist unwahrscheinlich, daß eine diplomatische Anerkennung Israels noch vor der Vereinigung der beiden Staaten erfolgen wird.

Wer "Opfer des Faschismus" war, bestimmte in der DDR zuerst die "Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes (VVN)", später waren es die "Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer". Doch man machte dort eigenartige Differenzierungen der gemeinsamen Verfolgung durch die NS-Schergen. Wer "nur" als Jude, Zigeuner, Homosexueller, Euthanasieopfer und so weiter verfolgt war, dem wurde zwar im Einzelfall eine Entschädigung gezahlt, doch war dies meistens mit der erpresserischen Forderung nach Mitgliedschaft in der SED, der Staatspartei, verbunden. Trotzdem gab es für diese relativ kleine Gruppe eine Zusatzrente in Höhe von etwa 1.200 Ostmark und einigen anderen Privilegien. Wer aber als "antifaschistischer Kämpfer" anerkannt war, mußte beweisen, daß er sich aktiv am Kampf gegen die Nazi-Diktatur beteiligt hat. Wer mit oder ohne Urteil im KZ, Gefängnis, Zuchthaus oder Arbeitslager gelitten hatte, dem fiel der Nachweis nor-

malerweise nicht schwer. Er bekam dann zusätzlich zu seiner Alters- oder Invalidenrente etwa 1.500 Ostmark, also das Dreifache der üblichen Rente. Dafür könnte man Verständnis haben, wäre diese Anerkennung nicht ganz schamlos mit der Auflage verknüpft gewesen, seinen Antifaschismus weiterhin durch die Mitgliedschaft in der SED zu bekräftigen. Heute erreichen uns Briefe von Menschen, die nachweislich wegen ihrer Gegnerschaft zum Nazistaat inhaftiert waren, sich aber weigerten, der SED beizutreten und daher keinen "Ehrensold" bekamen, wie man das nannte.

Doch welche Instanz sorgt heute dafür, daß diese Menschen sowohl politisch rehabilitiert werden und eine materielle Entschädigung erhalten? Selbst wenn man die Zweiteilung der Verfolgten, die bisher in der DDR üblich war, verurteilt, bleiben die Fragen, nach welchen Kriterien wird nach dem 1. Juli die bisher bezahlte Rente in DM umgewandelt? Und wie will man erst nach der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands verfahren?

Diese Probleme beziehen sich natürlich ebenfalls auf die Zehntausende, die aus politischen Gründen nach 1945 sich der Zwangsvereinigung zwischen SPD und KPD widersetzen oder aus anderen nicht-kriminellen Gründen von der damaligen Sowjetischen Militär Administration (SMA) jahrelang unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert waren, sei es in Buchenwald, Bautzen, Workuta oder anderswo. Das, was die SMA begann, setzte die Stasi fort. Sie war nur geschäftstüchtiger, weil sie sich von Zeit zu Zeit durch den Freikauf von Häftlingen zusätzliche Devisen beschaffen konnte.

Die SED versuchte dies alles als eine Auswirkung des "Stalinismus" darzustellen, freilich erst als ihre Macht nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Die Kommunisten aller osteuropäischen Länder benutzen den "Stalinismus" als Alibi für den Bankrott ihres Systems und sich selbst oft als Opfer. Doch der Begriff "Stalinismus" greift viel zu kurz. Es ist die kommunistische Ideologie, die für den Ruin und die Unterdrückung aller Gegner ihres Machtmonopols verantwortlich ist. Und so muß auch bei den wirklichen Opfern des SED-Regimes die Frage nach Rehabilitierung und Entschädigung gestellt werden. Dazu wird auch gehören, daß man sich sehr genau die in der DDR vorhandenen Gedenkstätten ansehen muß, um ihre einseitige Darstellung des Widerstands im Interesse der historischen Wahrheit und derer, die sich nicht mehr wehren können, zu korrigieren.

Die aus Überzeugung gegen die Nationalsozialisten oder gegen die Kommunisten eingestellt waren, hatten dafür moralische oder politische Gründe. Für sie steht daher die moralische Wiedergutmachung im Vordergrund und nicht die materielle Entschädigung, auch wenn sie berechtigt ist. Was antworten wir den vielen Menschen, die uns nach einer Lösung dieser Probleme fragen, weil sie annehmen, daß sich die beiden Regierungen oder die Parlamente dazu Gedanken gemacht haben? Es ist höchste Zeit, sich damit zu befassen, bevor alle Betroffenen verstorben sind. Es hinterläßt einen üblen Nachgeschmack für unterlassene Hilfeleistung der Opfer von zwei unterschiedlichen Diktaturen.

(-/17.7.1990/st/ks)

Die CSU auf dem Weg zur Splitterpartei **Überlegungen zum Landesparteitag der CSU**

Von Ludwig Stiegler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Bayern SPD
Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

Der Nürnberger Parteitag der CSU könnte leicht als "historisch" in die deutsche Parteiengeschichte eingehen. Nicht schon, was für Freunde der Politfolklore ja auch schon zählt, weil er ein "Parteitag der geballten Fäuste in den Hosentaschen" war. Und auch nicht, weil von den Männern auf dem Vorstandspodium in der Frankenhalle irgendain politischer Funke auf die irritierten und frustrierten Delegierten übersprungen, geschweige denn nach draußen gedrungen wäre. Und schon gar nicht, weil die CDU in Nürnberg auffälligerweise überhaupt nicht vertreten war. Die Nürnberger 1.000-Delegierten-Heerschau war vielmehr der erste wirkliche Landesparteitag der bayerischen CSU. Einer CSU übrigens, die - nach der vergleichsweise weitoffenen Strauß-Ära - dank Max Streibl, dem rhetorischen Ritter gegen "g'schlamperte Verhältnisse" zwischen den Geschlechtern, wieder weithin der fundamentalistische klerikalkonservative Geist seines politischen Ahnen Alois Hundhammer aus den 50er Jahren durchweht.

Selbst die geschickte Parteitagegriege konnte es nicht verschleiern, daß es im Fußvolk wegen der unter dem Deckel gehaltenen "zentralen Frage, die uns alle bewegt", ob sich die CSU über Bayern hinaus ausdehnen solle oder nicht, ganz gewaltig rumort. Denn die Basis ahnt längst, daß ihre Firma im größeren Deutschland auf dem Weg zu einer neuen, provinziellen "Bayernpartei" ist, wenn sie nicht gen Nordosten springt. Dem beschwörenden Parteitagsmotto "Deutschland kommt. Aber Bayern bleibt stark. Mit uns, CSU" zum Trotz: Die CSU hat geradezu panische Angst, daß sie die DDR-Strategie der Zauberlehrlinge um den DSU-Ehrenvorsitzenden Dr. Theo Waigel zur eigentlichen Verliererin der deutschen Einigung macht. Nur der Appell der DSU-Exponenten um den bayerischen CSU-Landesvorsitzenden zur Geschlossenheit vor den Schicksalswahlen im Herbst hat die Delegierten in Nürnberg nochmals ruhiggestellt und ihre Fäuste in den Hosentaschen gelassen. Nur so konnte sich die widerwillig zusammengeschweißte, in der Frage einer CSU-Ausdehnung alles andere als geschlossene Notgemeinschaft an der Parteispitze nochmals eine Atempause verschaffen - bis zum 15. Oktober. Wenn die DSU durch das zu erwartende Wählervotum dann endgültig zur Splitterpartei geworden sein dürfte, wird die Luft für den DSU-Ehren- und CSU-Landesvorsitzenden sehr dünn. (Die ersten pressewirksamen Scharmützel auf Ersatzkriegsschauplätzen fanden zwischen - Waigels! - Generalsekretär Erwin Huber und - Streibis! - Möchtegern-General und Staatssekretär Peter Gauweiler bereits an der Noris statt.)

Die Angst ums eigene politische Überleben erklärt auch das skandalöse Bestreben der CSU-Führung, auf dem Weg bedenkenloser Wahlrechtsmanipulationen der DSU wenigstens eine geringfügige Wahlochance in einigen DDR-Ländern einzuhauchen.

Seit Nürnberg steht fest: Nach dem 14. Oktober werden die Karten auf der deutschen Rechten völlig neu gemischt: Entweder die CSU beschränkt sich im größeren Deutschland auf Bayern - und wird so faktisch zu einem Landesverband einer imperialen CDU. Oder sie folgt dem Druck der Basis, nimmt flächendeckend den "Bruderkrieg" mit ihrer rechten Schwester CDU um jeden Quadratmeter deutschen Wahlterritoriums auf und wandelt sich von einer rechten, bayerischen Volkspartei zu einer quasi-republikanischen ultrarechten Richtungspartei.

So oder so wird es die Bayern SPD im Freistaat "nur" noch mit einem Landesverband CSU zu tun haben. Eine Aussicht, die auch für uns allen Anlaß zu neuem strategischem Nachdenken geben wird.

(-/17.7.1990/st/ks)

DOKUMENTATION

Die Verunsicherung muß ein Ende haben

Der Arbeitskreis Wissenschaft, Bildung und Kultur der DDR-SPD hat Grundzüge einer sozialdemokratischen Bildungspolitik in der DDR skizziert. Wir dokumentieren das Papier im Wortlaut.

Die Arbeitsgruppe Bildung und der Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft und Kultur bemühen sich seit Wochen mit vielen Vorschlägen aber auch heftiger Kritik, die Demokratisierung und Reform in Bildungswesen voranzutreiben. Als Koalitionspartner können die SPD-Abgeordneten nicht auf eine ausreichende Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft bauen, meist erfahren sie über die beschlossenen Maßnahmen aus der Zeitung. Alle vom Ministerium eingeleiteten Maßnahmen kommen zu spät und dann völlig überhastet und ohne ausreichende Beachtung und Beratung der Folgen für die betroffenen Einrichtungen und Personen. Von der Basis erhalten die Abgeordneten ständig erregte Anrufe und besorgte Briefe, welches Chaos bereits angerichtet ist oder noch droht. Das Maß der Verunsicherung ist kaum noch zu übertreffen.

Besonders intensiv hat sich die Arbeitsgruppe Bildung mit der Verordnung über Mitwirkungsorgane und Leitungsstrukturen sowie über die Bildung von vorläufigen Schulaufsichtsbehörden befaßt. Diese Verordnungen sind ohne gesetzliche Grundlage (rechtswidrig) erlassen worden. Die Kritik der SPD richtet sich insbesondere darauf, daß unter den gegebenen Bedingungen und unter diesem Termindruck keine Demokratisierung erreicht werden kann und auswärtige Bewerber für Direktorenposten keine faire Chance erhalten. Die bereits früher demokratisch gewählten Mitbestimmungsorgane in den Schulen wurden entmachtet. Die

kommunalen Gremien haben lediglich ein Vorschlagsrecht, die Entscheidung liegt allein beim vom oben eingesetzten Schulrat - demokratischer Zentralismus mit neuem Anstrich?

Die detaillierte Stellungnahme der SPD und die entsprechende Presseerklärung wurden vom Minister nicht beachtet. Der Volkskammerausschuß hat jedoch ausführlich die Kritik beraten und einen Kompromißantrag beschlossen (die CDU war gegen weitergehende Maßnahmen), daß die Ernennung der Direktoren nur zunächst für ein Jahr erfolgen soll, damit im kommenden Schuljahr ordentliche demokratische Wahlen zur Schulkonferenz stattfinden können. Außerdem wurde eine Fragestunde in der Volkskammer beantragt und der Minister aufgefordert, zu Beginn des Schuljahres einen Bericht über die Durchführung (und Pannen) dieser Verordnung zu geben. Außerdem, so forderte der Ausschuß, solle auf ein 'Bekenntnis' zur freiheitlichen Ordnung im Sinne eines öffentlichen Aktes (wie vorgesehen) verzichtet werden. Dafür solle im Arbeitsvertrag die Anerkennung der neuen rechtsstaatlichen Ordnung erfolgen.

Großes Chaos herrscht auch bei der Neuordnung der Schulaufsicht in der DDR, weil dazu keine neue gesetzliche Regelung geschaffen wurde und die Frage der Trennung von sogenannter äußerer und innerer Schulaufsicht wie sie in allen Bundesländern existiert, nicht erläutert und nicht geregelt wurde. Die Rechte und Kompetenzen der neu gewählten Kreis- beziehungsweise Stadtschulräte sind nach dieser Rechtsverordnung völlig unklar. Entsprechend heiß ist der Kampf an der Basis um die Ernennung der Schulräte entbrannt. Dies betrifft besonders Berlin, das Länderstatus erhalten wird und bereits einen demokratisch gewählten Magistrat hat.

Intensiv beraten wurde das komplizierte Problem der Errichtung von Schulen in freier Trägerschaft. Eine gesetzliche Regelung und eine Verfassungsänderung wurde vom Ministerium über ein halbes Jahr verschleppt. Nun soll im Hauruckverfahren eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, die - wie der Entwurf zeigt - erhebliche Lücken und Rechtsunsicherheiten enthält. So ist die Diskriminierung von Schülern nach Nationalität, Religion und Geschlecht nicht ausgeschlossen, außerdem können die Persönlichkeitsrechte von Lehrern eingeschränkt werden (zum Beispiel Kündigungen bei Scheidung oder nichtehelichem Verhältnis). Auch ist ungeklärt, wie der hohe zusätzliche Finanzbedarfs gedeckt werden soll, denn Einsparungen an anderer Stelle ergeben sich dadurch nicht. Die SPD wird einer Verfassungsänderung nur zustimmen, wenn ein eindeutig formuliertes Gesetz mit klaren Durchführungsbestimmungen zeitgleich vorliegen.

Ausführlich hat sich die Arbeitsgruppe mit den Problemen der Studenten, ihrer Interessenvertretung und ihren Stipendien befaßt. Mit dem Bund Sozialdemokratischer Studenten wurde in dieser Hinsicht sehr eng zusammengearbeitet und weitgehend Übereinstimmung erzielt. Angestrebt wird eine schnelle Anpassung an die bundesdeutschen BAföG-Regelungen. Eine ausführliche Stellungnahme zum Entwurf über die Anweisung zur studentischen Interessenvertretung in der DDR wurde vom Vertreter des Ministeriums positiv aufgenommen.

Zu den Problemen der Fachschulen und Hochschulen besteht im Ministerium noch große Unklarheit. Bisher ist vorgesehen, daß drei Fachschulen zu Fachhochschulen ausgebaut werden sollen. Was mit den übrigen passiert, ist völlig unklar. Die weitere Bearbeitung eines Entwurfes zum Hochschulrahmengesetz hat - wie ironisch kommentiert wurde - Selbstqualifizierungsfunktion für die Mitarbeiter des Ministeriums, denn ein neues Gesetz wird es in der DDR nicht mehr geben. Die Demokratisierung der Hochschulen ist aber stekengeblieben, alte Seilschaften haben sich wieder gefestigt. Der Minister wurde eindringlich aufgefordert, Neuberufungen solange hinauszuschieben, wie ein demokratisches und öffentliches Ausschreibungsverfahren nicht gewährleistet ist. Die Neuberufung nach Maßstäben der alten Kaderpolitik ist ein Skandal.

Eine sehr kontroverse Diskussion gab es im Volkskammerausschuß über die Neuregelung der Lehrerausbildung. Obwohl unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit besteht, die einphasige Lehrerausbildung und damit den Zusammenhang von Theorie und Praxis in der DDR zu erhalten, wird durch politische Setzung die Trennung in eine wissenschaftliche Ausbildung und schulpraktische Phase vorgegeben. Eine entsprechende Verordnung ist in Arbeit, die kritische Diskussion darüber wird fortgesetzt.

Katastrophal ist die Situation der Finanzen im Bereich des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft. Erst nach Abschluß der Verhandlungen zum Staatsvertrag sind erste konkrete Zahlen ermittelt worden, die ein Defizit von vermutlich mehr als 500 Millionen DM für das zweite Halbjahr 1990 ausweisen. Es ist versäumt worden, dieses Problem bei den Verhandlungen zum Staatsvertrag einzubringen. Viele notwendige und laufende Investitionen müssen nun gestoppt werden, was sich nun besonders verheerend in den Universitätskliniken auswirkt. Etwa 20.000 Mitarbeiter sind von Entlassung bedroht. Entgegen den großen Versprechungen ist bisher nicht gesichert, daß die Beschäftigten keine Nettoeinkommensverluste erleiden. Die fi-

nanziellen Verluste ab 1. Juli sind sehr erheblich, so zum Beispiel bei Lehrern etwa 170 DM, bei einem Fachschuldirektor etwa 330 DM. Das Ministerium selbst rechnet mit einer Verschärfung des politischen Klimas zwischen Beschäftigten und Ministerium. Unverständlich ist, warum eine rechtzeitige Klärung dieses Problems unterlassen wurde.

Jüngstes, aktuellstes und schwerwiegendstes Beispiel einer Bildungspolitik, die auf eine Katastrophe zu-
steuert, ist die berufliche Bildung. In letzter Minute hat sich das Ministerium entschlossen, daß Berufsbil-
dungsgesetz und die Handwerksordnung der Bundesrepublik zu übernehmen. Hintergrund ist die skanda-
löse Situation in den Betriebsschulen und Betriebsberufsschulen, die im Zuge der Privatisierung als lästiges
Anhängsel abgestoßen oder umfunktioniert werden sollen. Nach bisher unvollständigen Berichten sind
9.000 Jugendliche (überwiegend Abgänger der 8. Klasse) ohne Lehrvertrag, 3.000 Lehrlinge sind von ihren
Ausbildungsbetrieben entlassen worden. Noch haben diese Zahlen steigende Tendenz. Auf die DDR kommt
eine Lehrlingskatastrophe zu, wie sie die Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren erlebt hat. Es sind aber
bisher keinerlei Voraussetzungen geschaffen, um entsprechende soziale und pädagogische Maßnahmen zu
treffen, damit diese Jugendlichen ihre Ausbildung abschließen beziehungsweise beginnen können und nicht
auf die Straße geschickt werden. Offensichtlich ist dem Minister das System der beruflichen Bildung in der
Bundesrepublik mit allen seinen rechtlichen und praktischen Verknüpfungen und Instrumenten nicht bewußt.
Notwendig wäre die zeitgleiche Inkraftsetzung des Berufsbildungsförderungsgesetzes, zahlreicher Verord-
nungen, des Jugendarbeitsschutzgesetzes und des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes. Nun wird mit hei-
ßer Nadel an entsprechenden Einführungsgesetzen gearbeitet, zugleich wird aber eingestanden, daß weder
Finanzmittel, noch die administrativen Instrumente, noch die erforderlichen Qualifikationen der Mitarbeiter,
noch eine notwendige Aufklärung der Betroffenen, noch die ausreichenden Kapazitäten in den Schulen und
Betrieben bisher geschaffen wurden. Bis zum 1. September dieses Jahres müßte aber all dies geschaffen
werden, wenn es nicht zum Zusammenbruch in der Berufsbildung in der DDR kommen soll. Notwendig wäre
auch eine schnelle Einführung des Berufsgrundschuljahres, um Jugendlichen, die zunächst keine Lehrstelle
finden, eine schulische Berufsgrundbildung zu vermitteln. Diese wird auf die spätere Ausbildung dann ange-
rechnet. Ein Berufsschulgesetz ist in Vorbereitung, das die Überführung der betrieblichen Berufsschulen in
kommunale Berufsschulen sowie ihre Aufgaben im einzelnen regeln soll.

Obwohl es wohlmeinende Willensbekundungen gibt, ist die Zukunft des Bildungsganges Berufsausbildung
und Abitur bisher nicht geklärt. Eine Verlängerung auf vier Jahre dürfte unausweichlich sein, bisher fehlen
jedoch jegliche Informationen darüber, was geplant ist.

Wenn dem Minister für Bildung und Wissenschaft die Zukunft der Jugendlichen wirklich am Herzen liegt, so
muß er sich endlich ernsthaft um diesen Problembereich kümmern. Es ist unverständlich, warum bisher so
viel Zeit nutzlos und tatenlos verstrichen ist. Die SPD-Fraktion wird am 17. Juli von 10.00 bis 13.00 Uhr dazu
ein Hearing durchführen und hofft, daß damit mehr Aufklärung, Öffentlichkeit und Druck erzeugt wird.

Zu den weiteren wichtigen Problemen, mit denen sich die Arbeitsgruppe Bildung beschäftigt hat, gehören
die deutsch-deutsche Zusammenarbeit in der Bildungspolitik. Vom DDR-Minister erfährt man bisher dazu
nichts. Die SPD-Abgeordneten werden jedoch aus Bonn recht gut informiert.

Nachdem bereits sehr detailliert aus Sicht der Bildungsgruppe zum ersten Staatsvertrag Stellung
genommen wurde, ist jetzt ein ausführliches Forderungspapier für den Staatsvertrag II für die Bereiche
Bildung, Wissenschaft und Kultur erstellt worden.

Weitere Papiere, die bei der Arbeitsgruppe und beim Arbeitskreis angefordert werden können, sind: das
Acht-Punkte-Programm der SPD für Bildung und Wissenschaft, die Stellungnahme zum Staatsvertrag I, die
Stellungnahme zur Verordnung über Mitwirkungsstellen, die Stellungnahme zur Verordnung über Schul-
aufsichtsbehörden, die Stellungnahme zur Verordnung über Schulen in freier Trägerschaft und die Ent-
schließung des SPD-Partelvorstandes zur Bildungspolitik.

(-17.7.1990/st/ks)
